



Interviews

12. März 2024

Sandra Schulz im Gespräch mit Joachim Stamp

Sandra Schulz: Es bleibt weiterhin eines der Themen, das in der politischen Debatte mit am stärksten polarisiert: die Diskussion um Migration. Die Ampel-Regierung sieht sich auf einem guten Weg. Aus den Ländern kommt, unabhängig von der Parteizugehörigkeit, aber weiterhin auch viel Kritik. Deutliche Enttäuschung auch von Kommunen und Landkreisen, zum Beispiel in der vergangenen Woche nach dem jüngsten Migrationsgipfel zwischen Bundeskanzler Olaf Scholz und den Chefinnen und Chefs der Länder.

Als eine Stellschraube, die schwierig zu bedienen ist, aber viel bewegen kann, gelten Migrationsabkommen mit Partnerländern, und dafür hat die Bundesregierung vor einem guten Jahr einen eigenen Sonderbevollmächtigten eingesetzt. Am 1. Februar 2023 ist Joachim Stamp in seiner neuen Rolle gestartet und jetzt ist der FDP-Politiker am Telefon. Einen schönen guten Morgen.

Joachim Stamp: Guten Morgen, Frau Schulz.

Schulz: Herr Stamp, unabhängig von der Tageszeit: Wie müde sind Sie?

Stamp: Ja, es ist ein sehr, sehr anstrengendes Geschäft, was wir haben, weil wir in sehr, sehr vielen verschiedenen Ländern unterwegs sind, umgekehrt auch Delegationen hier bei uns in Deutschland empfangen und pausenlos versuchen, mehr Ordnung in der Migration zu erreichen. Wir haben ja das Ziel, insgesamt irreguläre Migration zu reduzieren einerseits und auf der anderen Seite reguläre Migration zu stärken, Arbeitskräfte gezielt anzuwerben und diejenigen umgekehrt, die kein Bleiberecht haben, besser in ihre Heimatländer zurückzuführen.

Das muss man aber auch dazu sagen: Unsere Migrationspartnerschaften sind Teil eines Gesamtkonzepts. Es ist notwendig zu wissen, dass es ohne Außengrenzschutz, ohne Binnenkontrollen derzeit leider auch, ohne andere Maßnahmen wie

jetzt Einführung der Bezahlkarte und so weiter nicht geht. Wir sind Teil eines Gesamtkonzeptes, aber wir kommen Stück für Stück voran.

Schulz: Jetzt ist bisher von zwei Abkommen berichtet worden, die Sie geschlossen haben mit Indien und Georgien, und es laufen Gespräche nach dem, was öffentlich berichtet wird, mit Marokko, Kenia und Kolumbien und noch anderen Ländern. Laut einem Bericht von „Zeit Online“ sind das allesamt Herkunftsländer mit nur fünf Prozent der Asylbewerber. In welcher Kategorie bemessen Sie da Ihren Erfolg?

Stamp: Wir sind sehr erfolgreich in die Gespräche gegangen. Wir haben vieles in der Vorbereitung, wir haben vieles auch mit Ländern auf dem Weg, über das wir aus diplomatischen Gründen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sprechen können. Aber man muss einmal sehen: Wir haben mit Georgien und Moldau – das waren die ersten beiden Länder, die wir in Angriff genommen haben – Übereinkünfte (mit Georgien ist es schon unterschrieben, mit Moldau wird das in Kürze passieren), die beide zusammen 15 Prozent der abgelehnten Asylanträge in Deutschland ausmachen. Das ist durchaus etwas, was uns wirklich voranbringt.

Wir haben nach vielen Jahren des Stillstands jetzt wieder eine Zusammenarbeit mit Marokko. Wir haben Partnerschaften mit Kolumbien, Usbekistan, Kirgisien und Kenia verabredet. Wir beginnen diese Woche den Dialog mit den Philippinen, nächste Woche reisen wir nach Ghana. Das sind viele unterschiedliche Länder, wo es wie gesagt einerseits darum geht, dass wir bessere Rückkehrmöglichkeiten erarbeiten, aber gleichzeitig auch gucken, wo können wir gezielt anwerben. Wir haben auch nach wie vor die Situation, dass wir viele Branchen haben, wo händeringend Arbeitskräfte gesucht werden, und wir müssen beides schaffen. Wir müssen mehr Ordnung – das ist leider viel zu lange in der Bundesrepublik vernachlässigt worden – in die Migration bringen, indem wir einerseits sehen, dass wir Menschen zurückführen, die kein Bleiberecht haben, aber auf der anderen Seite auch gezielt anwerben.

Schulz: Herr Stamp, jetzt arbeitet jeder mit den Zahlen, die ihm ins Konzept passen. Sie sagen, 15 Prozent der abgelehnten Asylbewerber.

Stamp: Das war nur Georgien und Moldau.

Schulz: Wie viele sind das dann in absoluten Zahlen?

Stamp: Das geht in den fünfstelligen Bereich. Da geht es um 14, 15.000 insgesamt. Wie gesagt, es geht auch um die Qualität. Wir haben insgesamt jetzt auch wieder stärker die Möglichkeit, Straftäter in ihre Heimatländer zurückzuführen, und das ist ja für die Gesellschaft auch eine Entlastung.

Ich habe immer gesagt, dass unsere Migrationspartnerschaften nicht der alleinige Game Changer sind. Ich habe das gerade auch schon mal betont. Wir sind Teil eines Gesamtkonzeptes, zu dem viele andere Aspekte auch dazugehören.

Schulz: Das sagten Sie bereits. Um inhaltlich weiterzukommen: Sie haben die Zahl gerade genannt. Georgien, Moldawien - was bieten Sie diesen Ländern eigentlich im Gegenzug?

Stamp: Für Georgien und Moldau ist es beispielsweise eine stärkere Integration in den europäischen Raum in Richtung Europäische Union. Bei Marokko beispielsweise gibt es ein großes Interesse, intensiv zusammenzuarbeiten, was Investitionen in Marokko angeht – ein Land, was wirtschaftlich auch nach vorne will. So ist das von Land zu Land auch sehr, sehr unterschiedlich, was die Interessen angeht. Es gibt andere Länder, die vor allem Interesse daran haben, eine geregelte Migration nach Deutschland in den Arbeitsmarkt hinzubekommen.

Bei Kolumbien beispielsweise, weil viele immer sagen, wieso Kolumbien, sind die Asylzahlen extrem nach oben gegangen, haben sich fast verdreißigfacht. Wir haben aber festgestellt, dass es dort viele Asylbewerber gibt, die gute Qualifikationen auch für den deutschen Arbeitsmarkt hätten, und da geht es jetzt darum, dass wir mit der kolumbianischen Regierung organisieren, dass diejenigen nicht bei uns im Asylsystem, in irgendwelchen Unterbringungseinrichtungen landen, sondern tatsächlich bei uns im Arbeitsmarkt, beispielsweise in der Pflege.

Schulz: Aber, Herr Stamp, auch die Zahl müssen Sie noch mal auflösen. Verdreißigfacht wäre ja auch ein Aufwuchs von eins auf 30. Was ist da die Dimension?

Stamp: Von 120 auf 3500, und das ist eine Entwicklung, die Sie auch weiterdenken müssen. Wenn sich so etwas weiterentwickelt, dann haben Sie da ein sehr, sehr großes Problem. Klar ist noch mal: Es geht hier darum, dass wir über die Zusammenarbeit mit vielen Ländern insgesamt in der Addition zu einer Entlastung kommen. Aber es gehört zur Wahrheit auch dazu, dass wir mit einigen der ganz starken Herkunftsländer, sprich Syrien und Afghanistan, noch keine Gespräche führen können, weil das mit dem Menschenschlächter Assad nicht geht und es auch noch keine Basis mit den Taliban gibt. Sobald sich da etwas an der Situation ändert, werden wir aber auch dort in den Dialog gehen.

Schulz: Jetzt ist ein Thema stärker ins Zentrum der Diskussion gerutscht, nämlich diese möglichen Verfahren in Drittstaaten. Das wird häufig ein bisschen ungenau als Ruanda-Verfahren bezeichnet. Für wie realistisch halten Sie das für Deutschland?

Stamp: Ja, wir haben überall in Europa die Diskussion über solche Modelle, wie wir durch Kooperation mit sicheren Drittstaaten Migranten die Motivation nehmen können, sich auf illegale und vor allem auch lebensgefährliche Migrationsrouten zu begeben. Ich habe schon vor drei Jahren, damals bei den Koalitionsverhandlungen 2021 vorgeschlagen, Asylverfahren in Drittstaaten zu prüfen, und mein Vorschlag steht auch im Koalitionsvertrag. Allerdings habe ich auch von Anfang an dazu gesagt, dass das keine leichte Übung ist, und deswegen auch der Hinweis an die Opposition, CDU/CSU, die da jetzt die Forderung übernommen haben, dass jetzt nicht der Eindruck erweckt werden darf, dass das eben mal so geht und dass man mit dem Finger schnippt und jetzt stehen die ganzen Länder parat, die entsprechend solche Vereinbarungen mit uns treffen wollen.

Wichtig ist: Solche Staaten müssen drei Kriterien erfüllen. Sie müssen erstens das Ganze wollen, aber zum zweiten müssen sie auch rechtsstaatlich in der Lage sein. Das heißt, sie brauchen die nötigen Entscheider und Gerichte vor Ort. Das könnte man möglicherweise über die internationalen Organisationen der UN machen, über UNHCR und IOM. Aber der dritte Punkt kommt auch noch dazu: Es muss logistisch das Land in der Lage sein, auch die Migranten menschenwürdig unterzubringen.

Schulz: Großbritannien, falls ich da noch eine Frage unterbringen kann, holt sich in diesem Bestreben eine blutige Nase nach der anderen vor Gericht. Dass das rechtlich einzusteuern ist, ist das realistisch genug, dass man sagen kann, das Thema ist so wichtig, dass man da jetzt richtig viel Energie reinsteckt?

Stamp: Ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir weiter sondieren, dass wir weiter überlegen, auch mit den europäischen Partnern, wer könnte da in Frage kommen, dass man das grundsätzlich weiter verfolgt. Aber es gehört zur Wahrheit auch dazu, dass das nicht von heute auf morgen geht, weil diese ganzen Kriterien erfüllt sein müssen. In vielen Dialogen, die da auf internationaler Ebene stattfinden, kann sich ein solches Fenster ergeben und danach muss man auch suchen, aber da muss man sehr, sehr konsequent am Ball bleiben und auch wissen, dass es einen langen Atem braucht.

Aber was wir auch sehen müssen: Wir haben auch noch einen weiteren Schritt geschafft mit dem neuen gemeinsamen europäischen Asylsystem, wo ja auch ein Einstieg gelingt in die bessere Verteilung der Flüchtlinge in Europa. Und was mir auch noch mal wichtig ist, weil das auch ein bisschen untergeht: Ein ganz zugangstarkes Mitgliedsland ist derzeit die Türkei und selbstverständlich finden da auch Gespräche der Bundesrepublik statt und natürlich auch der EU-Kommission, wo es darum geht, mit der Türkei wieder zu einer neuen Vereinbarung zu kommen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.